



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 31. Sitzung des Stadtrates  
der Stadt Landau in der Pfalz  
am Dienstag, 30.10.2012,  
im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 17:00

Ende: 20:20



**Anwesenheitsliste**

SPD

Sonja Baum-Baur

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio



Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Dr. Peter Leydecker

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch



Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Ralf Bernhard (Stadtbauamt)

Jürgen Bibus (Hauptamt)

Anja Bischoff-Fichtner (Gleichstellungsbeauftragte) nur zu TOP 4 ö.S.

Stefan Joritz (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Dr. Thomas Waßmuth (Energie Südwest AG) nur zu TOP 3 ö.S.

Dr. Christian Lerch (geoX GmbH) nur zu TOP 3 ö.S.

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Petra Bechtold (Ortsvorsteherin Dammheim)

Rudolf Boesche (Ortsvorsteher Wollmesheim)

Michael Niedermeier (Leiter Pressestelle)

Carina Treitz (Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Dr. Hans-Jürgen Blinn

Michael Scheid

FWG

Wolfgang Gauer

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass das Ratsmitglied Kurt Ludwig in der vergangenen Nacht im Alter von 67 Jahren verstorben sei. Er sei 28 Jahre Mitglied des Stadtrates gewesen und habe mit großem Engagement vor allem im Bauausschuss gewirkt. Kurt Ludwig sei Südstädter, Landauer und Pfälzer gewesen. Engagiert, immer da, streitbar, nicht immer einfach in der Diskussion sei er gewesen. Im Jahre 2004 sei er mit dem Ehrenring der Stadt Landau ausgezeichnet worden. Sein größter Wunsch sei es gewesen, 30 Jahre Ratsmitgliedschaft im Jahre 2014 voll zu machen. Dies sei ihm nicht vergönnt gewesen. Der Rat verneige sich in Dankbarkeit und Respekt.

**Die Mitglieder des Stadtrates erhoben sich von Ihren Plätzen und gedachten in einer Schweigeminute Herrn Ludwig.**

Der Vorsitzende wies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2012, in dem diese um Erläuterungen zur Prüfung des Landesrechnungshofes bitte. Da er ohnehin vorgehabt habe zu berichten, schlage er vor die Tagesordnung als Punkt 11 der öffentlichen Sitzung entsprechend zu ergänzen.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

**Tagesordnung**

**Öffentliche Sitzung**

1. Einwohnerfragestunde
2. Ansiedlung der Firma Eberspächer Controls GmbH & Co.KG Landau - Unternehmensvorstellung durch den Geschäftsführer
3. Geothermiekraftwerk Landau; Aktueller Stand und weitere Planungen
4. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Anja Bischoff-Fichtner
5. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG, FDP und UBFL; Resolution zur Erweiterung der Anschlussstelle Nord A 65/B 272  
Vorlage: 101/156/2012
6. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Margot und Lothar Grimmeißen  
Vorlage: 100/072/2012
7. Beteiligung am Hosting Angebot für das Waffenwesen des Zweckverbands für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR); Abschluss einer Zweckvereinbarung  
Vorlage: 100/076/2012
8. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung  
Vorlage: 200/096/2012
9. Förderprogramm Aktive Stadtzentren; Vorläufige Ausweisung eines Erneuerungsgebietes im Hinblick auf die Modernisierung der alten Fußgängerzone Gerberstraße / Kronstraße /



Badstraße  
Vorlage: 610/193/2012

10. Umgestaltung der Gerber-, Kron- und Badstraße  
Vorlage: 660/050/2012
11. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Landesrechnungshof  
Vorlage: 101/157/2012
12. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

### Einwohnerfragestunde

Frau Schneider-Roth sprach die Äußerungen des Oberbürgermeisters in der letzten Ratssitzung an und wollte wissen, wie der OB den Begriff „moderne Taliban“ definiere.

Der Vorsitzende stellte klar, dass er damit nicht auf die terroristischen Aktivitäten der Taliban abstelle, sondern auf die Geisteshaltung, die damit einhergehe. Dies sehe er auf die örtlichen Gegebenheiten übertragbar, wenn man sich aller unliebsamen Straßennamen oder Malereien entledigen wolle. Er habe mit dieser Aussage niemanden persönlich beleidigen wollen. Wenn dies dennoch der Fall sein sollte, täte ihm dies leid.

Frau Ulbrich wies darauf hin, dass der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion zur Umbenennung der Hindenburgstraße von ihr initiiert worden sei. Sie akzeptiere die Ablehnung des Antrages als demokratische Entscheidung. Allerdings hätte sie sich gewünscht, dass bei solchen Anträgen eine öffentliche Debatte in Form von Podiumsdiskussionen, Ausstellungen usw. stattfinde, wie dies beispielsweise in Münster praktiziert worden sei. Was sie nicht akzeptieren könne, seien die Äußerungen des Oberbürgermeisters. Sie frage daher Herrn Schlimmer, ob er den Talibanvergleich zurücknehme.

Der Vorsitzende entgegnete, was zu sagen gewesen sei, habe er gesagt. In der Demokratie sei es so, dass man gegenseitig Dinge aushalten müsse.

Herr Meißner stellte die Frage in den Raum, ob der Oberbürgermeister eine solch verunglimpfende Aussage auch gemacht hätte, wenn der Antrag von einem SPD-Mitglied gekommen wäre.

Herr Dr. Strack sprach Herr Bürgermeister Hirsch auf den „Fall Alexandra“ an, in dessen Verlauf der Bürgermeister den Schulleiter der IGS zu sich bestellt und gemäßregelt habe, weil dieser einen nationalsozialistischen Vergleich getätigt habe. Wenn nun der Oberbürgermeister einen Taliban-Vergleich gebrauche, sei dies letztlich nichts anderes.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass er den Schulleiter weder zu sich bestellt noch diesen gemäßregelt habe. Er habe lediglich eine Stellungnahme öffentlich abgegeben. Was den Taliban-Vergleich angehe, habe der Oberbürgermeister alles gesagt, was zu sagen sei.

Ein Student sprach die Wohnraumsituation für Studierende in Landau an, insbesondere was kleine bezahlbare Wohnungen angehe. Es könne nicht sein, dass Studierende zu Beginn des Semesters bei der Kälte im Auto schlafen müssten oder in einem Hotel. Er frage, wie die Stadt zukünftig darauf reagieren könne z.B. durch die Öffnung von Turnhallen.

Der Vorsitzende verwies auf die Situation seiner Tochter, die zur gleichen Zeit ein Studium in Berlin begonnen habe und auch 4 Wochen gebraucht habe, bis sie die richtige WG gefunden habe. Man sollte von Menschen mit 20 Jahren erwarten können, dass sie selbstständig eine Wohnung finden und sich zu helfen wissen. In seinem Schreiben an den Asta habe er auf den einfachen Mietspiegel für Landau und Umgebung hingewiesen. Er habe dort auch die Zusage gemacht, gemeinsam mit dem Stadtvorstand und dem Stadtrat einen öffentlichen Aufruf zu machen mit der Bitte Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dies sei am 13. September geschehen. Er hätte es für passender gefunden, ihn direkt anzusprechen oder anzuschreiben, anstatt sich gleich über die Presse zu äußern. Für ihn sei der Ansprechpartner der Vizepräsident der Universität. Die Universität habe eine Sporthalle, eine Mensa, eine Kindertagesstätte und sei zunächst gefordert, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Sporthallen der Stadt seien von morgens bis abends belegt. Das Problem kenne man als Stadt, dies sei aber in jeder Universitätsstadt zu Beginn eines Semesters so. Wenn man miteinander spreche, dann ließen sich auch Lösungen finden. Er werde dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates für Fragen der Universität und ihrer Studierenden setzen.



Frau Leuschner hielt es grundsätzlich für gut, dass man gemeinsam als Universität und Stadt das Problem angehe und auch etwas mehr mache als einen kleinen Zeitungsartikel. Als Asta habe man einige Personen vermitteln können.

Der Vorsitzende bedauerte, dass es eben immer noch viele Wohnungseigentümer gebe, die ihrer Sozialpflicht des Eigentums nicht nachkämen.

Herr Dr. Strack stellte die Frage, warum man das Problem nicht so löse wie beispielsweise in Heidelberg. Es gebe in der Cornichonstraße neun leerstehende Kasernen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass diese Gebäude komplett heruntergekommen seien. Dies könne man niemandem zumuten.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

### **Ansiedlung der Firma Eberspächer Controls GmbH & Co.KG Landau - Unternehmensvorstellung durch den Geschäftsführer**

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Kuhn, den Geschäftsführer der Firma Eberspächer Controls GmbH & Co. KG. Die Ansiedlung sei eine besondere für die Stadt. Es habe sich gezeigt, wie hoch der Stellenwert gerade der weichen Standortfaktoren sei.

Herr Kuhn stellte die Firma Eberspächer Controls vor. Am 13. November werde die Zentrale in Esslingen die endgültige Entscheidung über den Bau des neuen Werkes in Landau treffen. Die Firma sei im Bereich der Fahrzeugelektronik tätig. Eine Besonderheit sei, dass die Firma Daimler in jeder Fahrzeugklasse mindestens ein Teil habe, das von der Firma Eberspächer entwickelt und produziert sei. Wichtig sei, dass die Firma auch den Schritt der Automobilfirmen nach USA und nach Südamerika mitmache. Die Firma Eberspächer Controls sei ein vollwertiger Automobildienstleister und beliefe 25 Werke weltweit. Als Firma sei sie autark und habe einen eigenen Vertrieb und ein eigenes Marketing. Unabdingbar benötige man hochqualifiziertes Personal, was auch ein Grund für die Standortentscheidung gewesen sei. Man werde in Landau künftig auch ausbilden, was man derzeit noch nicht mache. Es sei eine klare Entscheidung, in Deutschland zu bleiben und den Standort nicht zu verlagern. Im Umkreis von Landau komme man sehr gut zu Daimler, Porsche und BMW. Die Firma Eberspächer lebe von der Automobilindustrie und daher wolle man auch beitragen zum Niedrig-Energie-Auto der Zukunft. Der Bauantrag sei genehmigt, Baubeginn solle im Januar 2013 sein. Umziehen werde man dann im September 2013 und die erste Auslieferung vom Werk Landau sei im Januar 2014 geplant.

Ratsmitglied Heuberger wollte wissen, wie viele Mitarbeiter künftig beschäftigt werden.

Herr Kuhn erklärte, dass man in Landau ca. 250 bis 300 Mitarbeiter beschäftigen werde.

Ratsmitglied Schröer erkundigte sich nach dem Logistikmodell und wollte wissen, mit wie viel LKW-Verkehr bei den Zu- und Abfahrten zu rechnen sei. Zudem wollte sie wissen, ob es einen Betriebsrat geben werde.

Herr Kuhn erläuterte, dass man 25 Werke im Umkreis anfähre. Die Zulieferung würden etwa 15-20 Fahrzeuge täglich sein. Somit komme man auf eine Belastung von pro Tag 60 bis 70 Fahrzeugen. Einen Betriebsrat werde man selbstverständlich haben.

Ratsmitglied Vogler fragte, ob es eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen im Rahmen einer dualen Ausbildung gebe.

Herr Kuhn bejahte dies.

Der Vorsitzende bedankte sich bei Herrn Kuhn für seine Ausführungen und überreichte ihm offiziell die Baugenehmigung für das Werk in Landau.



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

#### Geothermiekraftwerk Landau; Aktueller Stand und weitere Planungen

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Thomas Waßmuth, Vorstand der Energie Südwest AG und Herrn Dr. Christian Lerch, Geschäftsführer der geoX GmbH.

Herr Dr. Waßmuth erinnerte daran, dass die Geothermie bisher ein Projekt mit vielen Reibungen gewesen sei. Man wolle nun dahin kommen, die Anlage wirtschaftlich und ohne Schäden für die Bürger und deren Objekte zu betreiben.

Herr Dr. Lerch erklärte, dass die Geothermieanlage ein durchaus kritisches Projekt sei. Das Kraftwerk sei im November 2007 in Betrieb gegangen und produziere seitdem regenerativ Strom und Wärme. Nach zwei Jahren habe es dann erstmals eine spürbare Seismizität gegeben. Infolgedessen habe das Landesbergamt zur Auflage gemacht, den Injektionsdruck zu reduzieren. In der Diskussion mit der Stadt habe man sich entschlossen, einen Ombudsmann einzusetzen. Bisher hätten sich 29 Bürger an den Ombudsmann gewandt, in 17 Fällen sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden. Die Gutachten hätten sehr lange gedauert, in der Regel 6 Monate. Diese Verzögerung hätte bei einigen Bürgern zu deutlichen Irritationen geführt. Der Ombudsmann werde eine Zwischenbilanz ziehen und konkretere Aussagen treffen, wenn alle Gutachten vorliegen. Die bisher vorliegenden Gutachten würden keinen direkten Zusammenhang zwischen den entstandenen Schäden und dem Betrieb des Geothermiekraftwerkes zeigen. Schadensursache seien häufig Sekundärsetzungen oder bauliche Ursachen. Diese Setzungen könnten durch Erschütterungen oder Grundwasserspiegelschwankungen ausgelöst werden. Die Angabe der Schadensursache sei in vielen Fällen aber nicht absolut, sondern nur mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit möglich.

Für die Ertüchtigung des Kraftwerkes gebe es die Grundidee, durch eine erhebliche Reduzierung des Injektionsdruckes die seismischen Erschütterungen deutlich zu reduzieren und damit verlässlich unter die Spürbarkeitsgrenze zu senken. Die Anlage könnte dann wieder mit 100 % der Leistung betrieben und damit die Wirtschaftlichkeit wieder hergestellt werden. Hierzu solle eine zweite Bohrung gemacht werden. Diese Lösung sei allerdings eine vergleichsweise teure Lösung. Daher habe man sich um eine Anerkennung als Forschungsprojekt bemüht. Dieses 3-Loch-System werde es in Deutschland erstmals geben. Die endgültige Lage der Bohrung hänge von den Vorerkundungen ab. Das gesamte Projekt koste etwa 8,6 Millionen Euro, wovon der Bund die Hälfte trage. Die andere Hälfte müsse vom Unternehmen selbst getragen werden. Gewährt werde eine Landesbürgschaft, hinzu komme ein zinsgünstiges Darlehen der KfW. Der Zeitplan sehe vor, dass die Bohrungen Mitte 2013 abgeschlossen sind. Mit dem Vollastbetrieb sei dann Anfang 2014 zu rechnen, so dass man zur Landesgartenschau eine funktionierende Anlage präsentieren könne. Das Ziel bleibe die nachhaltige, sichere und wirtschaftliche Erzeugung von Strom und Wärme.

Der Vorsitzende dankte Herrn Dr. Lerch für seine Ausführungen. Die Probleme, die es gegeben habe, könne man nicht einfach beiseiteschieben.

Ratsmitglied Doll sagte, dass er als Ortsvorsteher die Bürger von Queichheim vertrete. Die Erschütterungen seien in Queichheim angekommen. Es gebe komplette Schäden an Häusern. Fakt sei, dass die Risse da seien. Er habe den Eindruck, dass die geoX zu leicht mit den Sorgen der Bürger umgehe. Nachhaltige Energie sei immer positiv, aber nicht auf dem Rücken der Bürger.

Herr Dr. Lerch entgegnete, dass die Einsetzung des Ombudsmannes durch die Stadt der Versuch sei, in dieser Problematik zu vermitteln. Er bestreite nicht, dass es einen zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Betrieb des Kraftwerkes und den Rissen in den Häusern gebe. Die vom Ombudsmann in Auftrag gegebenen Gutachten wiesen aber auch in eine andere Richtung. Es gebe auch den Zusammenhang zu deutlichen Grundwasserveränderungen mit einem Anstieg des Grundwasserspiegels.



Der Vorsitzende regte an, eine Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen, in der dann umfassend informiert werden könne.

Ratsmitglied Lerch unterstrich, dass die Kausalität zwischen den Erschütterungen und dem Kraftwerk festgestellt sei. Er wollte wissen, mit welcher Wahrscheinlichkeit die dritte Bohrung zur Verringerung der Erdstöße führen werde.

Herr Dr. Lerch erklärte, dass dies laut Gutachter sehr wahrscheinlich sei. Es sei also sehr wahrscheinlich, dass mit der dritten Bohrung der Druck so weit reduziert werden könne, dass die Erschütterungen nicht mehr spürbar seien.

Ratsmitglied Freiermuth stellte die Frage, ob angesichts der von der geoX zu schulternden Investitionssumme von 4,3 Millionen Euro eine Chance bestehe, die Anlage rentabel arbeiten zu lassen.

Herr Dr. Lerch entgegnete, dass die Gesellschafter es nur unter der Bedingung getan hätten, dass es sich rechnet.



#### **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

#### **Bericht der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Anja Bischoff-Fichtner**

Der Vorsitzende begrüßte die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Anja Bischoff-Fichtner und bat sie um ihren Bericht.

Frau Bischoff-Fichtner bezog den Bericht auf die Jahre 2009 bis 2011. Gleichstellung sei in vielen Bereichen nach wie vor nötig. Der Stadtrat biete beispielsweise ein typisches Bild, auch wenn der Anteil der weiblichen Ratsmitglieder in Landau über dem Landesdurchschnitt liege. Trotz Verbesserungen sei die Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik nach wie vor sehr gering. Das Ministerium habe vor der letzten Kommunalwahl eine landesweite Kampagne gestartet. Mit einigen Veranstaltungen und Aktionen habe man sich auch in Landau dem Thema gewidmet. Auch der landesweite „Equal Pay Day“ sei in Landau ein Thema gewesen.

Einer ihrer Schwerpunkte sei das Eintreten gegen häusliche Gewalt gegen Frauen. Daher liege ihr die Arbeit mit dem Netzwerk STOPP sehr am Herzen. Am bundesweiten Aktionstag gegen Gewalt am 25. November beteilige sich die Stadt immer an der Fahnenaktion „Terres des femmes“. Insgesamt sei ihm ihrem Thema Öffentlichkeitsarbeit unerlässlich, da es auch um einen Bewusstseinswandel gehe. Zusammen mit der Frauenbeauftragten des Kreises sei ein neues Frauenhandbuch herausgegeben worden. Ein weiterer Punkt ihrer Tätigkeit sei die Interne Gleichstellungsarbeit. Hauptarbeit sei hier die Unterstützung der Verwaltung bei Stellenbesetzungen, Frauenförderung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Derzeit arbeite man an einem neuen Frauenförderplan mit dem Ziel, den Anteil an weiblichen Führungskräften zu erhöhen.

Ratsmitglied Vogler betonte, dass Gleichberechtigung und Chancengleichheit zentrale Werte unserer Gesellschaft seien. Der Bericht zeige, dass von der Gleichstellungsstelle ein breit gefächertes Themenfeld bearbeitet worden sei. Es bleibe trotz allem noch viel zu tun.

Ratsmitglied Burckhardt war der Meinung, dass das Thema Gleichberechtigung gerade die Frauen noch lange beschäftigen werde. Die CDU-Stadtratsfraktion begrüße es, dass der Frauenanteil in den Parlamenten gestiegen sei. Ein wichtiges Thema werde in der Zukunft die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sein.

Ratsmitglied Schröer würde sich wünschen, dass man die Stelle noch aufstocken könnte um noch mehr zu erreichen. Sie würde interessieren, wie es in Landau in der Wirtschaft aussehe und ob dort Ideen aufgenommen würden. Das Thema gleicher Lohn sei ein Thema, das unbedingt weiter bearbeitet werden müsse.

Ratsmitglied Dr. Wissing sah die Belange der Frauen bei Frau Bischoff-Fichtner in guten Händen. Sie halte es für ganz wichtig, Frauen in der Kommunalpolitik zu stärken. Man dürfe sich aber auf dem bisher erreichten nicht ausruhen.

Ratsmitglied Dr. Migl bat Frau Bischoff-Fichtner früh anzufangen, wenn man das Ziel erreichen wolle, mehr Frauen in die Kommunalparlamente zu bringen.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG, FDP und UBFL; Resolution zur Erweiterung der Anschlussstelle Nord A 65/B 272**

Der Vorsitzende verwies auf den gemeinsamen Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG, FDP und UBFL vom 21. Oktober 2012, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den gemeinsamen Antrag. Auf der Bürgerinformationsveranstaltung am 19. Oktober in Dammheim habe es eine intensive Diskussion mit den Bürgern gegeben. Man habe dort die Zusage gegeben, dass alle Fraktionen eine Resolution in den Stadtrat einbringen. Mit der hier vorgelegten Resolution habe man die Zusage erfüllt. Unabhängig von dem vorläufigen Stopp durch das Innenministerium bis zu der Veranstaltung mit dem Staatssekretär am 5. Dezember halte er die Positionierung des Stadtrates nach wie vor für richtig. Mit dieser Positionierung könne man in die Gespräche gehen.

Ratsmitglied Lerch hielt es nach wie vor für sinnvoll, diese Resolution zu beschließen auch als Signal an die Dammheimer Bevölkerung.

Ratsmitglied Schröer schloss sich für Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratfraktion den Vorrednern an.

Ratsmitglied Freiermuth unterstrich, dass man dies den Dammheimer Bürgern schuldig sei.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass der Rat sich in dieser Frage schon immer einig gewesen sei. Es müsse aber klar sein, dass nicht der Landesbetrieb Mobilität, sondern die Politik in Mainz die Entscheidung treffe.

Ratsmitglied Dr. Migl dankte dem Abgeordneten Schwarz, dass er durch seinen Einsatz die Aussetzung des Verfahrens erreicht habe.

Ratsmitglied Silbernagel war ebenfalls der Meinung, dass man all das was man tun könne, schleunigst tun solle. Hierzu zähle diese Resolution.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**die gemeinsame Resolution der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FWG, FDP und UBFL zur Erweiterung der Anschlussstelle Nord A 65/B272.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)**

**Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an die Eheleute Margot und Lothar Grimmeißen**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 4. September 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das Ehepaar Grimmeißen habe in vielen Jahrzehnten eine große Leistung beim Training und der Betreuung von jungen Sportlern erbracht. Insgesamt seien über 1000 Titel gewonnen worden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat verleiht den Eheleuten Margot und Lothar Grimmeißen, Lindenbergstraße 34, 76829 Landau in der Pfalz in Anerkennung ihrer ehrenamtlichen Verdienste im sportlichen Bereich die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

**Beteiligung am Hosting Angebot für das Waffenwesen des Zweckverbands für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR); Abschluss einer Zweckvereinbarung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 9. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Leydecker erklärte, dass er gegen die Vorlage stimmen werde. Hier würde wieder einmal der Stadt eine Aufgabe aufgedrückt, ohne dass dafür bezahlt würde.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass dem nichts hinzuzufügen sei. Die Stadt müsse es aber umsetzen, sonst sei die Stadt in der Haftung.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 1 Nein-Stimme:

**Die Stadt Landau in der Pfalz überträgt die öffentlich-rechtliche Aufgabe „Betrieb des Verfahrens für das Waffenwesen“ entsprechend der beigefügten Zweckvereinbarung auf den Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 16. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

### **Förderprogramm Aktive Stadtzentren; Vorläufige Ausweisung eines Erneuerungsgebietes im Hinblick auf die Modernisierung der alten Fußgängerzone Gerberstraße / Kronstraße / Badstraße**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Mit diesem Punkt werde auch der nachfolgende Tagesordnungspunkt mitberaten. Er teilte mit, dass man am Vortag die Zusage des Landes zur Aufnahme in das Förderprogramm erhalten habe. Dies sei ein Erfolg, den man auf der Zielgeraden noch erreichen könne. Man müsse nur durch die Stadt gehen, um zu erkennen wie abgehängt die Gerberstraße und die Badstraße seien. Wenn man mit anderen mithalten wolle, müsse man den historischen Stadtkern und die Qualität des Stadtkerns herausstellen. Mit Blick auf die Haushaltssituation sei klar, dass es nur jetzt gehe, sondern lange Zeit nicht mehr. Er wolle sich deshalb ausdrücklich beim Land bedanken, dass es die Wichtigkeit dieser Maßnahme erkannt habe. Zum inhaltlichen müsse man nicht mehr viel sagen. Es habe mehrere Bürgerforen gegeben und eine Informationsveranstaltung für die Geschäftsleute und Anlieger. Wenn man 2013 innerhalb eines halben Jahres die Fußgängerzone sanieren wolle, dann werde es ein enges Programm werden in den nächsten Wochen. Dies werde mit Einschränkungen für die Geschäftsleute verbunden sein.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron sprach von einer Punktlandung, die man mit der Aufnahme in das Förderprogramm erreicht habe. Diese Maßnahme sei das i-Tüpfelchen der Stadtentwicklung. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme den Sitzungsvorlagen freudig zu. Es sei dies ein guter Tag für Landau.

Ratsmitglied Burckhardt begrüßte für die CDU-Stadtratsfraktion ebenfalls die Aufnahme in das Förderprogramm. Es sei dies eine dringend erforderliche Sanierung. Damit die Innenstadt im Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben könne, bestehe hier Handlungsbedarf. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu. Sie wolle aber noch wissen, wie hoch der Zuschuss sei.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man dies noch nicht abschließend sagen könne. Die Maßnahme koste insgesamt knapp 1,5 Millionen Euro, der Anteil der zuschussfähigen Kosten betrage 80 %. Das Land gebe einen Verhandlungsspielraum bis zu einer Selbstbeteiligung von 350.000 Euro.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zustimmen werde.

Ratsmitglied Freiermuth erinnerte daran, dass für die FWG-Stadtratsfraktion eine Zustimmung nur bei einer Förderung durch das Land erfolgt. Nachdem dies nun klar sei, stimme die FWG-Stadtratsfraktion den Vorlagen ebenfalls zu.

Ratsmitglied Silbernagel begrüßte, dass sich das Blatt jetzt doch noch zum Guten gewendet habe. Wie auch bei der FWG sei die Aufnahme in das Förderprogramm Aktive Stadtzentren Voraussetzung für die Zustimmung. Nach dem dies nun erfüllt sei werde die FDP-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass man der Aufnahme in das Förderprogramm Aktive Stadtzentren zustimmen werde. Enorme Bedenken habe man aber beim Kostenrahmen der Umbaumaßnahme. Der Betrag von 1,5 Millionen Euro sei zu teuer. Außerdem würden wieder 10 Bäume abgesägt, was nicht schlüssig sei. Für sie wäre es sinnvoller, diese Bäume zu erhalten. Die UBFL-Stadtratsfraktion werde die Sitzungsvorlage zum Umbau der Gerber-, Kron- und Badstraße daher ablehnen.

Ratsmitglied Schwarzmüller fand es zwar erfreulich, dass das Land fördere, letztlich seien es aber doch alles Schulden. Ob dies nun Schulden der Stadt, des Landes oder des Bundes seien, sei letztlich egal. Für sie sei diese Maßnahme nicht nachvollziehbar, andere Dinge seien sicherlich wichtiger. Sie



denke nur an den Danziger Platz, der eine Katastrophe sei. Daher werde sie die Vorlage zum Umbau der Gerber,- Kron- und Badstraße ablehnen.

Ratsmitglied Eichhorn wollte wissen, warum man nicht gleich den endgültigen Abgrenzungsbeschluss fasse, da doch die Gespräche mit dem Land eigentlich abgeschlossen seien.

Herr Kamplade entgegnete, dass erst noch der Beschluss zum Sanierungsgebiet Altstadt Süd-West aufgehoben werden müsse, bevor man neue Abgrenzungsgebiete bilden könne.

Ratsmitglied Casella erklärte, dass er der Vorlage zum Umbau nicht zustimmen werde. Der Kleine Platz sei auch Zentrum, dort werde aber nichts gemacht.

Der Vorsitzende wies die Aussagen von Frau Schwarzmüller zurück. Bei Schulden müsse man schon unterscheiden zwischen konsumtiven Schulden und investiven Schulden. Investitionen gingen in die Zukunft der Stadt. Von alleine kämen die Menschen nicht nach Landau, dazu müsse die Stadt schön und vor allem ihr Zentrum attraktiv sein. Natürlich seien auch der Kleine Platz und der Danziger Platz sanierungsbedürftig, aber man müsse Schwerpunkte setzen.

Ratsmitglied Schwarzmüller bestritt nicht die Sanierungsbedürftigkeit der Fußgängerzone an sich. Man hätte dies aber auch schieben und nach und nach machen können.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass Stadtentwicklung ohnehin ein ständiger Prozess sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **die vorläufige Ausweisung eines Erneuerungsgebietes (1. Teilabschnitt).**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, das städtebauliche Entwicklungskonzept für die Landauer Innenstadt fertig zu stellen und die abschließende Ausweisung eines Erneuerungsgebietes nach den Vorschriften des BauGB vorzubereiten.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Umgestaltung der Gerber-, Kron- und Badstraße**

*Die Ratsmitglieder Heuberger und Zandonella waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Oktober 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Zu den Beratungen wird auf die Protokollierung zu Tagesordnungspunkt 9 verwiesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 34 Ja- und 3 Nein-Stimmen:

- 1. Dem Ausbau der Gerber-, Kron- und Badstraße wird, vorbehaltlich des positiven Ausgangs des Verfahrens nach § 18 Abs. 2 Nr. 3 Landesfinanzausgleichsgesetz und der daraus folgenden Förderung aus Mitteln des Programms „Aktive Stadtzentren“ zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme umzusetzen.**



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

### Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Landesrechnungshof

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 29. Oktober 2012, in dem diese um einen Bericht zur Prüfung der 1. Vermarktungstranche durch den Landesrechnungshof bittet. Zunächst müsse er feststellen, dass nach dem Gespräch beim Rechnungshof am 12. September bis zum heutigen Tag noch keine schriftliche Prüfungsfeststellung vorliege. Es wurde lediglich das Gutachten des Herrn Eu aus Köln vorgelegt. Zu diesem Gutachten liege mittlerweile die Stellungnahme unseres Gutachterausschusses vor, die am 22. Oktober eingegangen sei.

Der Rechnungshof sei nicht der Rat der Weisen, dort säßen Leute mit der gleichen Ausbildung wie in unserer Verwaltung. Der Gutachter des Rechnungshofes gebe eine Einschätzung ab, ohne auch nur einmal in dem Gebiet gewesen zu sein, ohne nur eines der Gebäude gesehen zu haben. Er sage es nochmals in aller Deutlichkeit, dass dies was die Verwaltung vorgeschlagen habe, zielführend für die Stadtentwicklung gewesen sei. Man müsse zur Kenntnis nehmen, dass der Rechnungshof dies anders beurteile. Die oberflächliche Betrachtungsweise des Rechnungshofes, dass es keine negativen Gebäudewerte geben könne, sei zu kurz gegriffen. Die Gleichung des Rechnungshofes gehe nicht auf, dies stelle der Gutachterausschuss in seiner Stellungnahme vom

22. Oktober nochmals fest. Man habe die Argumente des Rechnungshofes als Verwaltung noch nicht widerlegen können, weil uns noch keine offizielle Stellungnahme des Rechnungshofes vorliege.

Falsch sei die Behauptung, dass wegen des Risikos des Investors abgezinst worden sei. Abgezinst worden sei wegen des Zeitfensters, das zwischen der Begutachtung und der Bebaubarkeit der ersten Grundstücke lag. Die Ergänzungsflächen um die Gebäude 27 und 28 seien nicht an den Investor verschenkt worden, sondern seien voll in den Kaufpreis eingeflossen. Das zweistufige Interessensbekundungsverfahren sei nach Auffassung der Verwaltung im vorliegenden Verfahren schlüssig. Streiten könne man darüber, ob die 4 Monate ausreichend gewesen seien. Dies sei aber der Landesgartenschau geschuldet. Falsch sei auch die Aussage, man könne an der Cornichonstraße nichts gestalten.

Man werde auch zukünftig die Ausschreibungen nicht dem Rechnungshof vorlegen. Dies sei immer noch Sache einer kreisfreien Stadt.

Zur Brücke Ost wolle er noch anmerken, dass das Auswahlverfahren nicht mit dem Wettbewerbsverfahren gleichzusetzen sei. Alle Büros hätten eine Aufwandsentschädigung erhalten, es habe kein Preisgeld gegeben. Der Stadtrat sei in seiner Entscheidung frei gewesen. Das vom Rechnungshof angemahnte Wettbewerbsverfahren hätte 100.000 Euro zusätzlich gekostet. Es handle sich bei der Brücke Ost auch nicht um eine konventionelle Holzbrücke, sondern um ein geschütztes Holztragewerk.

Der Alternativvorschlag des Landesrechnungshofes zur Autobahnabfahrt Landau-Mitte entbehre jeglicher Grundlage und berücksichtige in keiner Weise das städtebauliche Umfeld. Für die vom Rechnungshof vorgeschlagene Variante gebe es kein Baurecht und werde es auch nie ein Baurecht geben, weil sie lärm- und umwelttechnisch nicht funktioniere.

Landau entwickle sich prächtig, das dürfe man nicht schlecht reden. Er werde vorschlagen, den Obergutachter des Landes einzubinden und dort ein Obergutachten einzuholen. Letztlich entscheide der Markt die Grundstückspreise, nicht ein Gutachten.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass man erst abwarten sollte, was der Rechnungshof genau schreibe und was die Verwaltung erwidere. Die Vorwürfe des Landesrechnungshofes sollte man durchaus ernst nehmen. Man sei gut beraten, das ganze sachlich anzugehen. Dafür sei heute aber nicht der richtige Zeitpunkt.

Ratsmitglied Lerch sprach von einer sehr ungewöhnlichen Situation. Wenn man in die Diskussion gehe, sollte man Fakten haben. Hierzu sei der Bericht des Rechnungshofes zwingend erforderlich. Es sei darüber hinaus auch der Wunsch der CDU-Fraktion, dass ein Vertreter des Rechnungshofes im Stadtrat anwesend ist und dort Rede und Antwort stehe. Der Präsident des Rechnungshofes erwähne ein Gutachten eines renommierten Architekten, das aus sage, dass die Sanierung dieser Gebäude



günstiger sei als ein Neubau. Dieses Gutachten sei ihm nicht bekannt. Weiter werde behauptet, dass eine detaillierte Ausschreibung nicht erforderlich sei. Er bitte um Aufklärung, ob dies so zutreffe.

Herr Kamplade bestätigte, dass es das vom Rechnungshof zitierte Gutachten gebe. Es sei dies das Gutachten eines Aachener Büros, das vor 3 Jahren von der DSK damit beauftragt war. Anhand von zwei oder drei Referenzgebäuden seien die Werte ermittelt und auf vergleichbare Gebäude übertragen worden. Daraus habe sich ein Wert von etwa 1.500 Euro pro qm Fläche ergeben. Dies sei natürlich weniger als derzeit bei sanierten Gebäuden angeboten werde. Es gebe aber Finanzierungskosten, Risiken und Abzinsungen aufgrund der Zeiträume. Diese Vielzahl von Kostenfaktoren müssten eingerechnet werden. Diese Werte seien allerdings nicht vergleichbar mit einem Neubau. Der Gutachterausschuss habe nochmals bestätigt, dass die Gebäudeertragswerte niedriger seien als die Investitionen die aufzuwenden seien. Die Unterschiede lägen im wesentlichen in der Restnutzungsdauer. Jedenfalls seien diese beiden Werte nicht miteinander vergleichbar.

Der Vorsitzende ergänzte, dass man über eine detaillierte Ausschreibung wie es die Stadt gemacht habe, durchaus streiten könne. Es stelle sich aber schon die Frage, was dies den Landesrechnungshof überhaupt angehe. Die Kriterien, wie die Stadt Landau ausschreibe, sei immer noch eine Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung.

Ratsmitglied Freiermuth stellte fest, dass der Zeitungsartikel viele Fragen aufgeworfen habe. Es sei ihm wichtig, dass dies was hier geäußert wurde, den Fraktionen schriftlich zur Verfügung gestellt wird. Vielleicht würde es auch Sinn machen, dass jemand von den Gutachtern in den Rat komme, damit man gezielt nachfragen könne. Er bitte um eine kurze Aussage zu der aufgeworfenen Frage, ob mit der Eisenbahnbrücke die Strecke elektrifiziert werden könne oder nicht. Wenn nun die gesamte Prozedur erneut anlaufe, interessiere ihn die Frage, bis wann ein neues Verfahren abgeschlossen sein könnte.

Der Vorsitzende erklärte, dass eine Elektrifizierung der Bahnstrecke möglich sei, dies sei geklärt. Er sicherte zu, dass den Fraktionen die Unterlagen schriftlich zur Verfügung gestellt werden.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass es die UBFL-Stadtratsfraktion begrüße, dass sich der Rechnungshof damit befasst habe. Die ganzen Argumente seien zum Teil widersprüchlich. Sie kritisiere hier auch den Gutachterausschuss, der schon viel früher dem Rat hätte darlegen sollen, wie er zu der Bewertung gekommen sei. Die UBFL sei hellhörig geworden durch die negativen Gebäudewerte. Dies sei mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehbar. Es sei dies die Intention der UBFL gewesen, dass man dies sachlich überprüft haben wollte. Man sei sehr für Aufklärung und Transparenz, denn es gebe ihrer Meinung nach die Tendenz den Rechnungshof nicht ganz ernst zu nehmen.

Ratsmitglied Eichhorn sagte, dass die Erfahrung lehre dass Sanierung immer teurer werde als Neubau. Dies gelte auch hier. Den Gutachterausschuss gebe es seit 70 Jahren und es habe bisher immer zufriedene Ergebnisse gegeben. Der Knackpunkt hier sei aber in der Tat der negative Gebäudewert. Ein Gutachterausschuss gehe raus, sehe sich die Gebäude an, mache Aufmaße. Er halte es für unmöglich, dass dieser Gutachter aus Köln es nicht einmal für nötig befunden habe, nach Landau zu fahren um sich die Gebäude anzusehen. Angesichts einer Summe von 5 Millionen Euro halte er dies für eine große Schweinerei. Hier werde der Gutachterausschuss vorgeführt wie wenn dort nur Deppen drin wären. Er frage sich, ob die Ergebnisse des Gutachterausschusses überhaupt öffentlich ausgelegt werden dürften, denn hier handle es sich um Grundstücksangelegenheiten. Bei der Brücke Ost seien die Bewertungskriterien im laufenden Verfahren geändert worden, weil man eine Deckelung der Kosten bei 1,3 Millionen Euro beschlossen habe.

Ratsmitglied Ellinghaus betonte, dass man in der Sache im Moment nur glauben könne. Man wisse einfach zu wenig. Er wolle fragen, ob alle vorliegenden Gutachten zur Verfügung gestellt werden könnten.



Der Vorsitzende sagte zu, alle Gutachten zur Verfügung zu stellen.

**Eine Abstimmung über den Antrag erfolgte nicht.**





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte, dass man in der nächsten Sitzung des Werksausschusses GML über die Zukunft der Sporthallen reden werde. Dies gehe dann auch parallel mit in die Haushaltsberatungen.

Der Vorsitzende informierte weiter, dass der Bezirksverband Pfalz eine Beteiligung am Zoo Landau abgelehnt habe, weil er keine neuen Beteiligungen mehr eingehe. Nach dem Beschluss des Stadtrates zum Antrag der Bündnis 90/Die Grünen habe man entsprechende Gespräche mit dem Bezirksverband geführt.

Ratsmitglied Dr. Bals regte an, künftig bei Großveranstaltungen wie dem Fest des Federweißen und verkaufsoffenen Sonntagen den Parkplatz im Schulhof des Otto-Hahn-Gymnasiums zu öffnen. Viele Gäste von außerhalb hätten lange nach freien Parkplätzen in der Innenstadt gesucht, während gleichzeitig der Schulhof leer gestanden habe.

Der Vorsitzende sprach von einer immer wiederkehrenden Diskussion. Es habe viele negative Erfahrungen mit Schulhoföffnungen gegeben. Er nehme es aber gerne auf und schlage vor, es im Ältestenrat zu besprechen.

Ratsmitglied Kautzmann regte an, mit der Universität zu sprechen um den Universitätsparkplatz mit 500 Parkplätzen bei solchen Veranstaltungen als Parkmöglichkeit auszuweisen und auszuschildern.



Die Niederschrift über die 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 30.10.2012 umfasst 15 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 76.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser  
Beigeordnete